

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Michael Fürtbauer
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Schluss mit politischer Schattenfinanzierung: Mehr Transparenz bei Beschaffungsvorgängen schaffen**

In seinem Bericht betreffend „Ausgewählte Leistungen der Bundesministerien im Zusammenhang mit politischen Parteien“ (Reihe BUND 2026/31)¹ hält der Rechnungshof fest,

„dass das Arbeits- bzw. Wirtschaftsministerium, das Bildungsministerium, das Finanzministerium, das Innenministerium sowie das Verteidigungsministerium in fünf Fällen keine Vergleichsangebote einholten; dies betraf u.a. Versicherungsverträge für Dienstkraftwagen, Abonnements und den Ankauf von Waren.“²

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

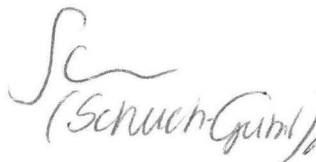
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus, wird aufgefordert, bei Beauftragungen Vergleichsangebote bzw. Preisauskünfte einzuholen und entsprechend zu dokumentieren.“


(Schwaninger)


(FÜRTBAUER)


(HÜBNER)


(Schuch-Guml)


(DARMANN)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Energie zuzuweisen.

¹ https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2026_31_Ausgewaehlte_Leistungen_Bundesministerien.pdf (aufgerufen am 05.10.2026)

² Ebd., S.123

12

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-15T20:25:51+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	